

Blickpunkte

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
LISA SCHARF

DEMOKRATIE BRAUCHT VIELE STIMMEN.

Die Pressevielfalt in Deutschland war schon mal größer, als sie heute ist. Der ehemalige CDU-Politiker und Autor Ruprecht Polenz sieht sie ernsthaft in Gefahr. Was sollte der Staat jetzt tun? Das skizziert er im PZ-Interview.

PZ: Herr Polenz, die Anzeigenmärkte brechen ein, Zeitungen verlieren Auflage, kleine Verlage werden aufgekauft: Ist die Pressevielfalt in Deutschland in Gefahr?

Ruprecht Polenz: Ja, wenn nicht gegen-gesteuert wird. Es reicht nicht, mit dem Kartellrecht gegen Pressekonzentration anzugehen. Weil die Anzeigenmärkte zu Google, Instagram, Facebook & Co. abge-wandert sind, muss darüber nachgedacht werden, wie Qualitätsjournalismus zu-kunftssicher finanziert werden kann. Denn ohne eine verlässliche Auswahl der Informationen nach Relevanz und Rich-tigkeit ertrinken wir in der ungeprüften Informationsflut und gelegentlich -gülle des Internets. Wir brauchen Qualitäts-journalismus, damit wir unsere Informati-onsfreiheit dazu nutzen können, ein zu-treffendes Bild von der Wirklichkeit zu bekommen.

Der Ruf nach einer staatlichen Presse-förderung wird laut. Kritiker fürchten: Wer Geld vom Staat erhält, könnte we-niger kritisch über diesen berichten. Halten Sie diese Sorge für berechtigt? „Wer zahlt, schafft an.“ Nach diesem Grundsatz darf es bei staatlicher Förde-rung der Pressevielfalt natürlich nicht ge-hen. Als „vierte Gewalt“ soll die Presse Re-gierung, Parlament und Justiz kritisch be-gleiten. Diese Kontrolle wäre beeinträch-tigt, wenn der Staat bei fehlendem Wohl-verhalten die finanziellen Daumen-schrauben anziehen könnte. Aber das System des öffentlich-rechtlichen Rund-funks (ÖRR) zeigt, dass man Presse frei von Staatseinfluss – und vom Einfluss von Kapitalinteressen – finanzieren kann. Die Grundgedanken dieses BBC-Modells kön-

DAS PZ-INTERVIEW

„Der Staat sollte nicht nur an unsere Beine denken, sondern auch an unsere Köpfe“

Ruprecht Polenz spricht über die Notwendigkeit einer staatlichen Presseförderung – und erklärt, wie diese gelingen kann, ohne dass der Grundsatz gilt: „Wer zahlt, schafft an“



Schon bei seinem Besuch im PZ-Autorenforum Ende Juli betonte Ruprecht Polenz die Bedeutung des Lokaljournalismus für eine demokratische Gesellschaft. Auch jetzt fordert er: Die freie Presse muss gefördert werden.

ARCHIVFOTO: MEYER

nen auch zur staatlichen Förderung von privaten Medien herangezogen werden.

Skandinavien gilt als Vorbild der Pres-seförderung. Können Sie kurz erklären, wie das System dort funktioniert? Skandinavische Presseförderung finanziert nicht Meinungen, sondern die Vorausset-zungen dafür, dass auch dort unabhängi-ger Journalismus existieren kann, wo ihn der Markt allein nicht mehr trägt. Presse-förderung wird als Teil der demokrati-

schen Infrastruktur verstanden – ähnlich wie Bibliotheken, der ÖRR oder die Wis-senschaftsförderung – und nicht als Sub-vention einer bestimmten Branche. Der Staat definiert abstrakte Voraussetzungen für eine Förderung: Zum Beispiel eigene Redaktion, journalistisch bearbeitete Nachrichten, Regelmäßigkeit, gesellschaft-liche Relevanz. Vom Staat unabhängige Kommissionen treffen die einzelnen För-derentscheidungen.

Woran scheitert es bisher, eine solche Förderung auch in Deutschland umzu-setzen?

Sicher ist nach Goebbels (Anm.d.Red: Reichspropagandaminister der Nazis) die Sensibilität gegenüber staatlich gelenkten Medien besonders groß. Artikel 5 des Grundgesetzes schützt deshalb nicht nur vor staatlicher Zensur, sondern auch vor mittelbaren staatlichen Einwirkungen auf die Presse. Die Bundesregierung plante 2017 eine Förderung der Zeitungs- und Zeitschriftenzustellung und eine Unter-stützung der Verlage bei ihrer digitalen Transformation. Das Projekt scheiterte letztlich an rechtlichen und haushaltspoli-tischen Problemen.

Bei ihrem Besuch im PZ-Autorenforum haben Sie die Kontrollfunktion des Lo-kaljournalismus angesprochen. Was bedeutet es für die Demokratie, wenn diese Kontrolle in Regionen zuneh-mend fehlt?

„Dann geh' ich zur Presse!“ – diese Mög-lichkeit müssen Bürgerinnen und Bürgerinnen haben, um dem Stadtrat Beine zu machen. Aus meiner 20-jährigen Erfahrung als Kom-munalpolitiker kann ich Ihnen sagen, dass das wirkt. Kommunalpolitiker gehören zu den aufmerksamsten Lesern von Leserbrief-en. Es gehört auch zu den Aufgaben von Lokaljournalismus, auf Probleme in der Ge-meinde hinzuweisen – und Skandale aufzu-decken, wenn es welche gibt.

„Skandinavische Presseförderung finanziert nicht Meinungen, sondern die Voraussetzungen dafür, dass auch dort unabhängiger Journalismus existie-ren kann, wo ihn der Markt allein nicht mehr trägt.“

RUPRECHT POLENZ über das skandinavische Modell der Presseförderung

Man könnte jetzt überspitzt sagen: Wenn sich ein Geschäftsmodell nicht mehr trägt, ist es nur konsequent, dass es verschwindet. Warum sollte der Staat ausgerechnet den Journalismus fördern?

Weil Presse zur demokratischen Infrastruk-tur gehört. Der Staat fördert Breitensport, damit wir fit bleiben. Er sollte nicht nur an unsere Beine oder den Kreislauf denken, sondern auch an unsere Köpfe.

Wer könnte in Deutschland letztlich darüber entscheiden, welche Medien

Ruprecht Polenz

... wurde am 26. Mai 1946 in Denkwitz bei Großpostwitz in Sachsen geboren. Der CDU-Politiker war von 1994 bis 2013 Mitglied des Bundestags. Seit mehreren Jahren ist er in den Sozialen Medien aktiv, bei X folgen ihm knapp 100.000 Men-schen. Dort setzt Polenz sich für die Verteidigung der Demokratie ein. [lif](#)

eine Förderung erhalten?

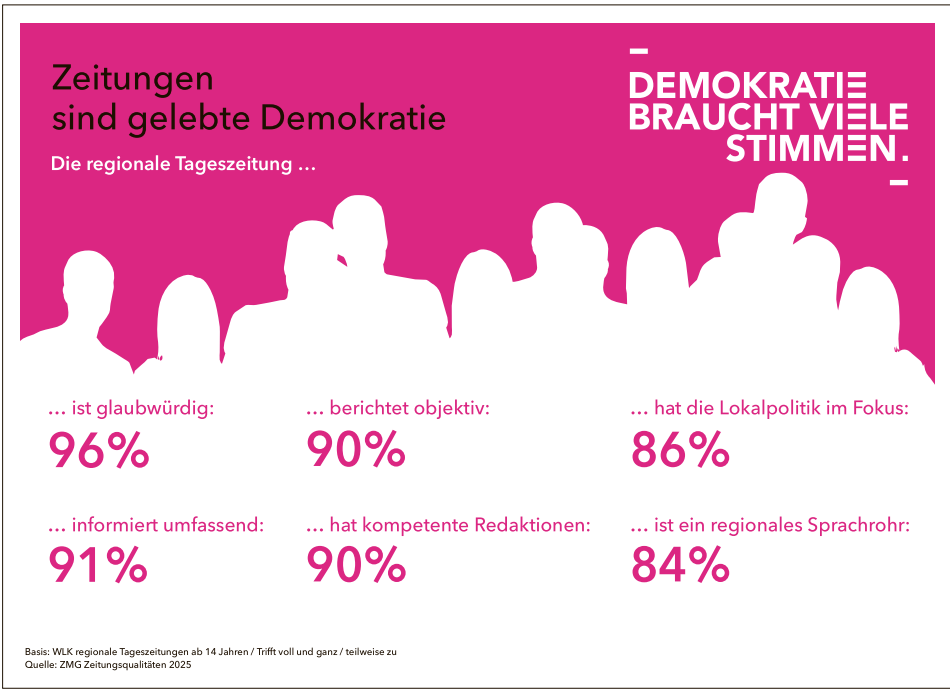
Ich könnte mir ein zweistufiges Modell gut vorstellen.

1. Der Gesetzgeber bestimmt den Zweck, die Voraussetzungen, Fördersummen und Kontrollregeln.
2. Eine unabhängige Medienförderstiftung entscheidet anhand dieser Regeln durch fachliche Prüfung, welches Medium wie viel erhält. Dieses Fachgremium könnte aus Journalismus, Medienwissenschaft, Ver-lags- und Arbeitnehmerseite sowie weiteren gesellschaftlichen Gruppen zusamme-ge-setzt sein. Also: Nicht der Staat soll ent-scheiden, welche Zeitung förderungswür-dig ist. Der Staat sollte lediglich die neutra-len Spielregeln beschließen, nach denen ei-ne staatsferne Institution die Förderung vergibt.

Was ist für Sie guter Journalismus?

Guter Journalismus hilft seinem Publikum, sich ein möglichst zutreffendes Urteil über die Wirklichkeit zu bilden. Damit das ge-lingt, beachtet er einige Regeln: Tatsachen und Meinungen müssen erkennbar ge-trennt werden. Behauptungen werden überprüft, Quellen geprüft und offen gelegt. Unsicherheiten werden benannt und Fehler werden korrigiert. Widersprechende Infor-mationen werden nicht unterschlagen, nur weil sie nicht zu der eigenen These passen. Betroffene bekommen Gelegenheit zur Stel-lungnahme. Und bei Konflikten wird nicht so getan, als seien alle Positionen gleich gut begründet (Er sagt – sie sagt; false balance, Anm.d.Red: wenn etwa einer Randmeinung gleich viel Gewicht gegeben wird wie einem breiten wissenschaftlichen Konsens). Guter Journalismus ist unabhängig, aber nicht wertneutral. Er darf und soll sich an Werten wie Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie orientieren.

Soziale Netzwerke haben den klassi-schen Medien nicht nur mehr Reich-



Lernen im Geheimen

■ Die Taliban verbieten Mädchen in Afghanistan höhere Schulbildung. Die lernen nun heimlich weiter.

MATHIS RICHTMANN | ISLAMABAD

Wie eine ganz normale afghanische Schule sieht es aus. Nach Unter-richtsschluss rennen Kinder und et-was ältere Mädchen, die weiße Kopftücher tragen, über den Hof. Inmitten des Gewusels steht die Schulleiterin und sagt, sie habe Angst, dass die Taliban herausfän-den, was sie da täten. „Dann schlie-ßen sie unsere Schule vielleicht.“

Seit mehr als fünf Jahren herr-schen die Islamisten wieder in Af-ghanistan. Noch bei ihrer Macht-

übernahme im August 2021 hatten führende Mitglieder davon ge-sprochen, dass Frauen den Zugang zu Bildung behielten. Nach den Schließungen infolge der Corona-

„Ichweigere mich, ungebildet zu bleiben.“

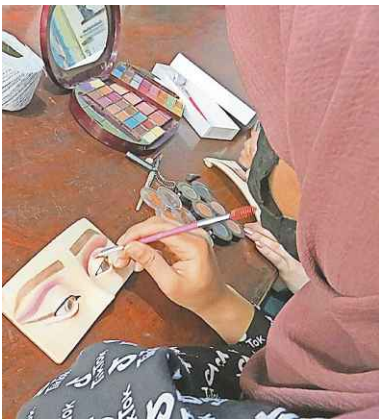
EINE ZWÖLFKLÄSSLERIN, die am Onlineunterricht teilnimmt, sagt, sie wolle, dass ihre Kinder sie nicht als analphabeti-sche Mutter sehen, die nichts getan habe, als zu gebären.

Pandemie wurde die Wiederöff-nung der Schulen für Mädchen ab der siebten Klasse erst verschoben – und dann gänzlich ausgesetzt. Seither seien 2,6 Millionen Mäd-chen vom Besuch weiterführender

Schulen ausgeschlossen worden, schrieb das UN-Kinderhilfswerk Unicef vor einem Monat. Afgha-nistan sei das einzige Land, in dem Frauen und Mädchen explizit von höherer Bildung ausgeschlos-sen seien.

Doch in der Schule, die auf den ersten Blick so normal aussieht, geht es für Mädchen auch nach der sechsten Klasse noch etwas weiter. Aus Sicherheitsgründen kann der Ort der Schule nicht ge-nannt werden. Schülerinnen, Leh-rerinnen und die Leitung spre-chen nur anonym mit der Deut-schen Presse-Agentur.

Vor allem mit dem Englischun-terricht könnte es unter der Tali-ban-Herrschaft schnell Probleme geben. Für die Lehrerin des Kur-



Eine Schülerin bildet sich in Kosmetik weiter – auch das darf sie eigentlich nicht.

FOTO: JAWAD KOHNAWARD/DOPA

ses ist aber gerade dieser Unter-richt so wichtig: Geräte, die sie je-den Tag verwende, seien auf Eng-lisch eingestellt. Und „im KI-Zeit-alter müssen wir einfach alle Eng-lisch können“, betont sie. Zudem werden Weiterbildungen in Kos-

metik und Schneiderei angeboten. Kosmetiksalons sind als Gewerbe für Frauen mittlerweile eigentlich auch verboten. Aber, sagt eine Schülerin, sie wolle ihre Zeit nicht vergeuden. Wenigstens etwas ler-nen wolle sie. Solche Ausbildun-gen sind in Afghanistan nicht un-bedingt gänzlich untersagt – die Umsetzung der Regelungen folgt jedoch häufig der Auslegung örtli-cher Taliban.

In einem Interview mit dem US-Sender CBS News sagte der Außenamtssprecher Abdul Kahar Balchi am Dienstag, dass die hö-here Schulbildung für Frauen und Mädchen derzeit ausgesetzt sei, beschneide nicht deren Recht auf eine grundsätzliche Schulbildung. Unterricht zu Hause, Online-Un-terricht und religiöse Schulen sei-en erlaubt, sagte er weiter.

Dieser Graubereich schafft auch ein bisschen Spielraum für die Köl-

ner Organisation „Anar Academy“, die online für Mädchen in Afgha-nistan die Schulfächer der siebten bis zwölften Klasse anbietet. Mehr als 1400 Schülerinnen seien in die-sem Jahr in das Programm aufge-nommen worden, sagt die Leiterin der „Anar Academy“, Benazir Poya. Viele könnten es jedoch nicht be-enden, oft wegen Internetproble-men oder weil die schwierige wirt-schaftliche Lage im Land den Fa-milien zu schaffen mache.

Die Unterrichtsstunden fänden unter Sicherheitsvorkehrungen statt – insbesondere für die Leh-re-rinnen, erklärt die Leiterin der Kölner Organisation. Einer ihrer Lehrer sei vor zwei Jahren von Si-cherheitsbehörden festgenommen und geschlagen worden. Eine ge-heime Schule, die sie im Norden des Landes betrieben hatten, hät-ten sie geschlossen – zu groß sei die Angst vor Repressionen.